

Parlamentarischer Vorstoss

2021/683

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Forderungskatalog der KGIV
Urheber/in:	Marc Scherrer
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	4. November 2021
Dringlichkeit:	—

Seit Jahren fordern Wirtschaft und Politik vom Kanton Basel-Landschaft eine Verkehrspolitik, die diesen Namen auch verdient. Die Konferenz der Gewerbe- und Industrievereine (KGIV) hat 2019 mit der Mobilitätskampagne dieser Forderung Nachdruck gegeben. Die Kampagne hat zum Ziel, der breiten Bevölkerung die Betroffenheit und die täglichen Herausforderungen der KMU näherzubringen. Das zentrale Element der Kampagne ist ein Forderungskatalog, der folgende fünf Punkte umfasst:

- Baustelleninformationen rechtzeitig kommunizieren
- Verkehrsfluss wahren
- Echtzeit-Verkehrsinformationen ausbauen
- Parkplätze sicherstellen
- Verkehrs-Neubauprojekte zügig vorantreiben

Nach über zwei Jahren hat sich Regierungsrat Isaac Reber in einem Interview im «Standpunkt der Wirtschaft» vom 1. Oktober 2021 erstmals zu den Forderungen der KGIV geäussert. Aus Sicht der KGIV fallen die Antworten des Baudirektors jedoch enttäuschend aus. Seine Aussagen sind zu wenig konkret und es wimmelt von Allgemeinplätzen. Beim Lesen des Interviews entsteht der Eindruck, dass die Forderungen des KGIV zu wenig ernst genommen werden.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wann kann die KGIV eine offizielle Antwort des Regierungsrats erwarten?
 - Ist der Regierungsrat bereit, sich konkret zu den fünf Forderungen der KGIV zu äussern?
 - Ist der Regierungsrat bereit, sich mit der KGIV an einen Tisch zu setzen, um die einzelnen Forderungen zu diskutieren und gemeinsam konkrete Lösungen zu suchen, wie dies 2014 beim Baustellenforderungskatalog geschehen ist?
-

- Eine Vision des Kantons Basel-Landschaft im Bereich der Verkehrspolitik liegt nicht vor, obwohl seit Jahren darüber gesprochen wird. Wann wird der Regierungsrat diese Lücke schliessen und einen detaillierten Masterplan präsentieren?
- Der motorisierte Individualverkehr nimmt ständig zu und der ÖV krankt. Ist der Regierungsrat bereit, dieser Entwicklung aus verkehrspolitischer Sicht Rechnung zu tragen und wie gedenkt er dies zu tun?